Nummer 310

Mit Kurszettel — Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: H. Ronglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. — 71. Jahrgang — Montag, 6. Juli 1925

Das Ergebnis der holländischen Wahlen.

Amsterdam, 3. Juli.

Bei lebhafterer Beteiligung als im Jahre 1922 fanden am 1. Juli die Wahlen zur Zweiten Kammer statt, denn es wurden diesmal 3 136 447 Stimmen — ungefähr 207 000 mehr — abgegeben. Nach dem jetzt vorliegenden Wahlresultat haben die Sozialdemokraten vier Mandate und die freisinnigen Demokraten zwei Mandate gewonnen. Wie weit diese Parteien von dem Stimmenzuwachs profitiert haben, kann nicht so genau gesagt werden, wie es sicher ist, daß die Unzufriedenheit mit der Finanzpolitik, den natürlich unpopulären steuerlichen Maßnahmen, sowie mit dem Beamtenabbau und den Gehaltskürzungen des antirevolutionären Finanzministers Colijn gerade dieser antirevolutionären Partei den erheblichen Verlust von drei Abgeordneten beibrachte, obwohl durch ihn der Ausgleich des Budgets energisch durchgeführt wurde und auch seiner Mithilfe die Stabilisierung des Guldens zu danken ist. Auch den Katholiken gingen, obgleich die Stimmenzahl in fast gleicher Höhe geblieben ist, zwei Mandate verloren, was zum großen Teil auf die demokratischen „Michaelisten" zurückzuführen ist, deren Absonderungsbestrebungen schließlich zu einer notdürftigen Einigung Anlaß gaben. Dies konnte jedoch nicht verhindern, daß einige von ihnen in die Arme anderer Parteien, besonders der Katholischen Volkspartei, selbst in die der Sozialdemokraten getrieben wurden, oder ihre Stimmzettel blanko abgegeben haben dürften. Die Christlich-historischen sind als einzige Partei der Regierungskoalition, zu der auch die Katholiken und Antirevolutionären gehören, unbeschädigt aus den Wahlen hervorgegangen. Der liberale Freiheitsbund hat ebenso wie die Liberale Partei je einen Sitz in der Kammer eingebüßt. Die „Plattelanders"-Partei, die Partei der Landbevölkerung, verliert ebenfalls wie die Kommunisten einen Abgeordneten. Die Kommunisten haben einen Stimmenrückgang von 53 664 auf 36 672 zu verzeichnen, was beweist, daß die Propagandatätigkeit Moskaus hier keinen fruchtbaren Boden gefunden hat. Die Katholische Volkspartei zieht zum ersten Male mit einem Abgeordneten in die Kammer ein, gleichfalls die Reformierte Partei, die wie die Politisch-reformierte Partei auf calvinistischer Grundlage steht; letztere kehrt mit einem Abgeordneten mehr in das Parlament zurück. Die etwa 20 anderen kleinen Parteien, deren Wähler ihre Stimmen wirkungslos verpuffen ließen, brauchen nicht alle genannt werden. Es befinden sich darunter die Sportspartei, die Freidenker, die Aktualisten (Faszisten) und die Staatspensionspartei.

Die Stärke der Parteien ist im Vergleich zur vorigen Kammer wie folgt:

	1925	1922
Katholiken	30	32
Sozialdemokraten	24	20
Antirevolutionäre	13	16
Christlich-Historische	11	11
Freiheitsbund	9	10
Freisinnige Demokraten	7	5
Politisch-Reformierte	2	1
Reformierte	1	0
Kommunisten	1	2
„Plattelanders"	1	2
Katholische Volkspartei	1	0
Liberale	0	1

Uebersieht man das Ergebnis dieser Wahlen, so ist eine Schwächung der Rechtsparteien gegenüber der Linken unverkennbar. Während sich die Regierung der vorigen Kammer auf 59 Abgeordnete der Rechten, denen 36 der Linken gegenüberstanden, stützen konnte, sind es jetzt nur 54 und 40 der Opposition. Trotzdem blieben die christlichen Regierungsparteien stark in der Mehrheit und daher ist kaum anzunehmen, daß eine Koalition der Linken mit den Katholiken zur Wirklichkeit werden wird. Wenn auch religiöse Gegensätze zwischen den Katholiken und den protestantischen Parteien der Antirevolutionären und der Christlich-Historischen bestehen, haben doch auch diese Wahlen wieder gezeigt, daß die überwiegende Mehrheit des holländischen Volks nach christlichen Grundsätzen regiert werden will.

Mit einem Rücktritt der Regierung Ruys de Beerenbrouck, die seit 1918 trotz mancher Schwierigkeiten Holland in guter Richtung geführt hat, und dessen Minister des Auswärtigen, van Karnebeck, eine staatsmännische Klugheit und Voraussicht an den Tag legte, die das holländische Volk dankbar anerkennen müßte, ist wohl zu rechnen. Viele wären dann für eine Regierung Colijn, dessen Energie zwar eine Gewähr für Stabilität der Geschäftsführung geben würde, der aber doch, wie die Wahlen zeigen, an Popularität verloren hat. Andere wieder wollen den Katholiken als immer noch stärkere Partei die Formung eines neuen Kabinetts überlassen und halten Monseigneur Nolens, den Führer der Partei, für den geeigneten Mann. Die Aussichten von Colijn sind ebenfalls nicht ungünstig. Außerdem würde der größte Teil des holländischen Volkes nach dem katholischen Ministerpräsidenten Ruys de Beerenbrouk jetzt gern einen Protestanten an der Spitze der Regierung sehen. Allerdings wird Colifn als umkämpfte Persönlichkeit mit der starken Opposition der Linksparteien weiter zu rechnen haben, die ihm seine „arbeiterfeindliche" Politik und sein Eintreten für Hollands Wehrmacht nicht vergessen, wohl aber, was die gegenwärtige Regierung durch die Beihilfe zur Wohnungsfürsorge getan hat, wodurch die Stadt Amsterdam auf diesem Gebiete in der Welt einzig dasteht. Es ist nach Lage der Dinge keinesfalls mit Sicherheit zu sagen, wohin die Reise geht und ob man dem doch wohl nur bis zur nächsten Wahl dauernden Stimmengewinn der Linken ein Ventil schaffen will, was durch einen Block der Katholiken (unter dem Druck ihres demokratischen Flügels) mit den Sozialdemokraten und Demokraten möglich wäre. Doch wir leben hier trotz weitgehender politischer Freiheit in einem Königreich, und die Königin kann daher das Recht für sich in Anspruch nehmen, das letzte Wort bei der Regierungsformung zu sprechen.

Nordamerikas Chinapolitik eine Herausforderung Japans.

Warnungen aus Tokio und London.

Die englische und japanische Kritik an der Chinapolitik Nordamerikas wird täglich schärfer, und offiziöse englische Stimmen sagen warnend, wenn Washington es so weitertreibe, werde Japan schon aus Selbsterhaltungstrieb eine sofortige Aktion unternehmen müssen, und das könne dann nur ein einziges Ende haben, natürlich den Krieg. Zweifellos steht man in London der amerikanischen Politik genau so böse gegenüber wie in Tokio, aber man läßt den Japanern nach erprobter Gewohnheit gern den Vortritt und kann dann bei einem Konflikt wieder ruhig lügen, daß man nur „hineingezogen" worden sei.

Nachstehend die wichtigsten Meldungen zum Stand des ostasiatischen Problems:

London, 6. Juli.

„Daily Telegraph" schreibt in einem Leitartikel, die Unruhen in China bewegten sich langsam aber sicher auf ihrem vorgeschriebenen Wege, der wahrscheinlich zu einem ernsten Verluste für das Ausland und nichts weniger als ruhig für China enden werde. Aber eine furchtbarere Gefahr als die innere Auflösung und das Chaos in China sei am Horizont erschienen. Mitten in die augenblickliche Verwirrung hätten die Vereinigten Staaten einen wohlgemeinten Vorschlag geworfen, der jedoch leider wohl nur als eine Herausforderung angesehen würde. Washington habe mit dem Vorschlag einer sofortigen Reform der jetzt von Ausländern in China genossenen exterritorialen Rechte von neuem gezeigt, daß die Republik des Westens nicht bereit und nicht fähig sei, die größeren Seiten der orientalischen Fragen zu erfassen. Japan werde diese Forderung Amerikas sicher als einen Beweis dafür ansehen, daß Amerika endlich den Fehdehandschuh hingeworfen habe. Für alle diejenigen, die den Fernen Osten kennen, sei es vollkommen klar, daß von allen ausländischen Einwohnern in China und von allen dortigen ausländischen Interessen diejenigen Japans bei einer solchen Abänderung nicht nur am meisten leiden, sondern bei der augenblicklichen Stimmung Chinas so offenkundig bedroht werden würden, daß Tokio, so friedlich auch seine augenblicklichen Absichten seien, doch durch den Selbsterhaltungstrieb allein veranlaßt werden würde, eine sofortige Aktion zu unternehmen. Man müsse sich wundern, daß ein so augenscheinliches Ergebnis einer Einmischung in das fremde Recht inmitten einer fremdenfeindlichen Bewegung nicht wenigstens einigen der Leute, die die Außenpolitik der Vereinigten Staaten lenkten, zum Bewußtsein gekommen sei, denn es gebe wahrscheinlich nicht einen einzigen Amerikaner, der wünsche, daß Japan mit China oder den Vereinigten Staaten Krieg führe. Das Blatt weist darauf hin, daß Japan gezwungen sein werde, seine Interessen in der Südmandschurei zu schützen. Wenn zu dieser Notwendigkeit noch der Versuch der Vereinigten Staaten käme, die Garantien zu schwächen, die Japan jetzt in China genießt, so könne die Angelegenheit nur ein einziges Ende haben.

Die Frage der Washingtoner Konferenz.

Tokio, 5. Juli.

Obgleich die japanische Regierung nicht abgeneigt ist, der Abschaffung der exterritorialen Rechte in China zuzustimmen, hält das japanische Auswärtige Amt die Besprechung dieser Angelegenheit während der Dauer der augenblicklich herrschenden Unruhen für unmöglich und betont, daß die Entschließungen der Washingtoner Konferenz die Einberufung einer besonderen Konferenz zur Erledigung dieser Frage vorsehen, sobald als die Lage es gestattet. Im japanischen Auswärtigen Amt wurde erklärt, man habe keine Kenntnis von irgendeinem amerikanischen Vorschlage zur Einberufung einer Konferenz der beteiligten Mächte in Bezug auf China, wovon in Pressemeldungen aus Washington die Rede war.

EP London, 6. Juli.

In hiesigen politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Absicht der amerikanischen Regierung, eine Konferenz über die Abschaffung der Exterritorialität in China einzuberufen, in Anbetracht der Verhältnisse, die gegenwärtig in China herrschen, verfrüht sei. Man erklärt, daß die Exterritorialität in China die einzige Garantie für die Ausländer darstelle, und das die größte Unvorsichtigkeit wäre, unter den gegenwärtigen Umständen auf dieses Recht zu verzichten. Ein solcher Schritt der Mächte würde in China als Kapitulation vor den Bestrebungen der Pan-Asiaten ausgelegt werden. In diesen Kreisen vertritt man die Absicht, daß Amerika seinen Vorschlag lediglich gemacht habe, um Japan zuvorzukommen. Man erklärt nämlich, daß, wenn die Lage in China sich verschärfen und eine bewaffnete Intervention notwendig werde, Japan den größten Teil der Intervention zu übernehmen hätte. Man befürchtet, daß Japan bei dieser Gelegenheit zu einer vorherrschenden Stellung gelangen werde. Dieser Möglichkeit müßte Amerika zuvorkommen.

General Feng gegen England.

Aufruf zum Kampf bis auf den letzten Mann.

EP London, 6. Juli.

Die „Times" melden aus Peking, daß General Feng eine Tagesordnung ausgearbeitet habe, worin er u. a. erklärt, wenn nicht versucht werde, den brutalen Instinkten der Masse entgegenzutreten, so werden unsere Feinde sich durch nichts abhalten lassen und nicht eher ruhen, als bis sie den letzten Chinesen unterworfen haben werden. Aufgepaßt! Wir gehen rasch einer großen Katastrophe entgegen. Unsere Pflicht ist es darum, bis zum letzten Mann zu kämpfen. In einer tragischen Situation müssen immer auch verzweifelte Mittel angewandt werden. Wir müssen schwören, uns zu rächen für alle Brüder, die unter den Kugeln des Feindes gefallen sind. General Feng befiehlt jedem Offizier und jedem Soldaten, zum Zeichen der Trauer eine schwarze Armbinde anzulegen und die Fahnen auf Halbmast zu hissen. Er befiehlt weiter, daß die Offiziere täglich zweimal die Soldaten an die Untaten der Engländer in Shanghai erinnern. Offizere und Soldaten haben außerdem noch einen Eid abzulegen, wonach sie bereit seien, ihr Leben für das Vaterland einzusetzen.

Chinesenflucht aus Hongkong.

EP London, 6. Juli.

Die „Times" melden aus Hongkong, daß die Chinesen die Stadt verlassen. Es seien mindestens 100 000 Chinesen abgereist. Der Hafen liegt vollständig still. Man zählt 80 Küstendampfer mit Ladungen. Alle Sendungen, die für Honkong bestimmt sind, werden in Shanghai, Singapore oder in Japan gelöscht, weil keine Möglichkeit vorhanden ist, die Schiffe in Hongkong zu entladen. In Kanton ist eine neue Regierung aus sechszehn Kommissaren ernannt worden. Darunter befinden sich zwei bekannte Kommunistenführer. Jeder Kommissar mußte einen Eid ablegen, das politische Testament Sunyatsens zu erfüllen, das heißt, niemals ungetreue Beamte zu verwenden und keine Korruption zu dulden.

Der Terrorismus der Streikleitung.

London, 6. Juli.

„Daily News" berichtet aus Schanghai, daß die Streikführer jetzt ihre terroristischen Drohungen in die Tat umsetzten. Sechs Straßenbahnangestellte, die am Sonnabend entführt und in den Vorort von Schanghai, Tschapei, gebracht worden waren, wurden an den Händen aufgehängt, heftig durchgepeitscht und dann wieder freigelassen.

Wie weiter aus Schanghai gemeldet wird, sind noch keine Anzeichen für eine baldige Beilegung des Streiks vorhanden, da die chinesische Handelskammer wiederum 500 000 Dollar den Streikenden überwiesen hat. Diese Summen gehen aus dem Auslande für die Streikenden ein. Die ausländischen Geschäftsleute bezeichnen diese Aktion der Handelskammer als einen Versuch, den Streik zu verlängern, der die ausländischen Spinnereien stillege, während die chinesischen Spinnereien in vollem Betrieb wären.

Die Grundlinien der deutschen Antwort.

Demokratische Falschmeldungen.

Ein Berliner Blatt bringt in seiner Sonntagsausgabe eine Darstellung des „Demokratischen Zeitungsdienstes", in der behauptet wird, daß der Reichsaußenminister sich den deutschnationalen Forderungen inbezug auf die Beantwortung der Briandnote gefügt habe. Wie der „Telunion" von zuverlässigster Seite der Deutschen Volkspartei dazu mitgeteilt wird, ist diese Darstellung vollkommen unzutreffend. Die Grundlinien der deutschen Antwort sind von dem Reichsaußenminister schon in der ersten Kabinettssitzung, die am 24. Juni stattgefunden hat, vorgetragen worden, ferner sind die Grundlinien einige Tage später auch in der Sitzung der Ministerpräsidenten am 27. Juni mitgeteilt worden. An diesen Grundlinien hat sich nicht das geringste geändert. In der letzten Kabinettssitzung wurde lediglich festgestellt, daß allgemeine Uebereinstimmung über diese Grundlinien bestand. Die Darstellung des „Demokratischen Zeitungsdienstes" widerspricht also in jeder Beziehung den Tatsachen.

Nach einer Londoner Meldung der „Vossischen Zeitung" soll der deutsche Gesandte im Haag gestern im holländischen Außenministerium eine Demarche unternommen haben, um zu erfahren, ob die holländische Regierung bereit sei, als Gastgeber einer internationalen Konferenz über die Sicherheitsfrage im Herbst zu fungieren, sobald die Vorverhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten erfolgreich abgeschlossen seien.

Wie das W. T. B. von unterrichteter Seite erfährt, ist diese Meldung vollkommen unzutreffend.

Die englische Arbeit an der Sicherheitsfrage.

TU London, 6. Juli.

Obwohl gegenwärtig keine interalliierten Verhandlungen über die Sicherheitsfrage stattfinden, werden die verschiedenen technischen Punkte, die sich aus dem Weißbuch und der Debatte im Unterhaus ergeben haben, vom Kabinett eingehend geprüft. Insbesondere wird die Frage erörtert, ob die Regierung auf die Teilnahme an Arbitrage-Verträgen verzichten könne. Die Entscheidung gestaltet sich durch die Haltung der Dominien sehr schwierig. Es sei möglich, schreibt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph", daß Großbritannien ohne Teilnahme der Dominien Abkommen dieser Art mit Ländern wie Schweden und der Schweiz abschließe. Bedeutend schwieriger sei es aber, solche Verträge ohne Zustimmung der Dominien mit Frankreich und Deutschland abzuschließen. Auf der anderen Seite werde die Meinung vertreten, daß Großbritannien, falls es sich von Arbitrage-Verträgen mit anderen Mächten völlig fern hielte, nicht nur an Autorität einbüße, sondern auch den Schutz schwäche, den es als der hauptsächlichste Garant der französisch-deutschen und belgisch-deutschen Arbitrage-Verträge notwendigerweise besitzen müsse.

Der „Potsdamer Kronrat".

Von

Prof. Dr. Fritz Kern.

In der vorausgehenden Skizze war geschildert worden, wie Graf Hoyos im Auftrag des österreichisch-ungarischen Außenministers am 4. Juli 1914 nach Berlin reiste und den österreichisch-ungarischen Botschafter Graf Szögyeny instruierte. Dieser sollte am 5. Juli dem deutschen Kaiser ein Handschreiben und eine Denkschrift des k. u. k. Außenministeriums überreichen. Der tiefere Zweck dabei war, die begreifliche psychologische Empörung Kaiser Wilhelms über die serbische Mörderzentrale auszunützen, um Aeußerungen des Kaisers zu veranlassen, die man Kaiser Franz Josef und dem Grafen Tisza gegenüber als deutschen Wunsch nach energischem Einschreiten gegen Serbien ausgeben konnte.

2. Graf Szögyeny in Potsdam.

Die psychologischen Umstände konnten nicht günstiger liegen. Nicht allein mußte Kaiser Wilhelm mit der ganzen Welt der Ueberzeugung teilen, daß Oesterreich seine Sühne zu beanspruchen habe, sondern der Kaiser mußte auch um so bereitwilliger die Hand zu dieser Sühneerzwingung bieten, je peinlicher er es empfand, daß er soeben aus Besorgnis um seine eigene Sicherheit es sich versagt hatte, dem ehrwürdigen Bundesgenossen in dieser schweren Stunde, wie es sich geziemt hätte, nahe zu sein. Man konnte darin einen Mangel an Mut erblicken, und wer den Kaiser so gut kannte, wie Graf Szögyeny, konnte erwarten, daß der Kaiser um so wärmer sein Mitgefühl mit weithin sichtbarer Geste zu bekunden wünschte.

Wie unangenehm war es für Kaiser Wilhelm, daß August Stein in der „Frankfurter Zeitung" vom 2. Juli mit aller Umständlichkeit von einem „schmerzhaften Hexenschuß" erzählte, den sich der Kaiser entweder auf einer Wasserfahrt oder nach einem starken Morgenritt zugezogen hatte, und der allein ihn an der Reise nach Wien hindere. Der Kaiser war kerngesund. Aber der bestens informierte Stein bestand darauf, daß wirklich nur die genannte Erkrankung, nicht irgend sonst ein Grund, die Reise unmöglich mache. Freilich, schon am 6. meldete derselbe Berliner Schriftleiter, der sich gern als Offiziosus gab, seinem Blatt mit leichtem Augenzwinkern: „Der Hexenschuß, der nach der offiziellen Darstellung den Kaiser verhindert hat, an den Trauerfeierlichkeiten in Wien teilzunehmen, ist schnell gewichen". In Wien hatte man freilich schon am 2. Juli der Ausrede nicht geglaubt und in der Presse vernehmlich über die Lauheit des Bundesgenossen gemurrt. Aus Wien hatte dieselbe „Frankfurter Zeitung" sich unterm 2. Juli ruhig melden lassen, daß bei Kaiser Wilhelms Absage möglicherweise die Furcht vor Attentaten eine Rolle spiele. Als nun Kaiser Wilhelm aus Tschirschkys Bericht von dessen nachdrücklicher Bemühung erfuhr, die Oesterreicher vor „Unbesonnenheiten" zurückzuhalten, da lief auch ihm die Galle über, und er fand dieses emsige Abwiegeln des Botschafters ebenso bedenklich, wie dieser selbst das vorlaute öffentliche Abmahnen schädlich gefunden hatte. In einer Randbemerkung entlud sich des Kaisers Unbehagen, sein Gefühl, die Oesterreicher in den letzten Jahren zu stark gebremst zu haben, sein Zorn über die von ihm selbst zu nachsichtig behandelten Serben und seine Furcht vor schlechten Rückwirkungen auf das Bundesverhältnis: „Wer hat Tschirschky ermächtigt, vor übereilten Schritten zu warnen? Geht ihm gar nichts an, da es lediglich Oesterreichs Sache ist, was es hierauf zu tun gedenkt. Nachher heißt es dann, wenn's schief geht, Deutschland hat nicht gewollt! Tschirschky soll den Unsinn gefälligst lassen! Mit den Serben muß aufgeräumt werden, und zwar bald."

Der Boden war psychologisch gut vorbereitet, als Graf Szögyeny dem Monarchen das Handschreiben und die Denkschrift überbrachte. Höflich begab sich Wilhelm II. sofort ans Lesen.

Das Handschreiben verbreitete sich über Tiszas „energische diplomatische Aktion". Die Ausschaltung Serbiens als politischen Machtfaktor sollte danach auf dem weiten Umweg über einen antipanslawistischen Balkanbund durch Heranziehung Bulgariens und Rumäniens erfolgen.

Nach dem Handschreiben las der Monarch die Denkschrift. Jedermann weiß von dieser Denkschrift, kaum jemand hat sie gelesen. Man muß die Geduld haben, sie zu lesen, um zu ermessen, wie sehr sie dem Monarchen gelangweilt haben muß. Auf ganzen zwölf Druckseiten vertieft sich diese Ausarbeitung in die Verhältnisse all der freundlichen Balkanvölker, um im Stil einer akademischen Abhandlung zu dem gleichen Schluß zu kommen wie das Handschreiben, daß man nämlich mit Bulgarien in ein engeres Verhältnis treten und auf diesem Weg auch Rumänien wieder dreibundwärmer machen müsse. Neu war der Vorschlag nicht. Ein einziger militärischer Gedanke findet sich darin: „Die Anlage von Befestigungen gegen .... Rumänien sei in Betracht zu ziehen", indes selbst das nicht als Entschluß, sondern nur als Erwägung. Am Schluß erhob die Dissertation sich zu dem Satz, es trete an die Monarchie die Notwendigkeit heran, mit entschlossener Hand die Fäden zu zerreißen, die die Gegner zu einem Netze über ihrem Haupte verdichten wollen. Wenn Diplomaten in Schriftstücken zum inneren Geschäftsgebrauch anfangen in Bildern zu reden oder zu deklamieren, so wird der Kundige im allgemeinen weniger auf gefaßte Entschlüsse, als auf vorhandene Verlegenheiten schließen. Dem Zusammenhang nach konnte das pathetische „Zerreißen" nicht auf militärische, sondern nur auf sehr langfristige diplomatische Handlungen bezogen werden. Die Denkschrift war überdies, wie

---

Vor dem Schwurgericht in Limburg a. d. Lahn begann heute der Prozeß gegen den Massenmörder Fritz Angerstein der in der Nacht zum 1. Dezember 1924 in seiner Villa in Haiger seine Familie und eine Reihe von Angestellten, insgesamt 8 Personen, in grauenhafter Weise ermorderte. Prozeßbericht an anderer Stelle des Blattes.